

Sehr geehrter Herr Innenminister Wolfgang Schäuble,

Auf der Grundlage nicht zutreffender Argumente, hat die türkische Regierung immer wieder versucht die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK, mit dem kurdischen Fernsehsender ROJ TV in Verbindung zu bringen.

Diese hartnäckige und undemokratische Vorgehensweise begann sofort, als ROJ TV die Rundfunklizenz aus Kopenhagen erhielt. Die türkische Regierung behauptet, dass ROJ TV Aufrührerische Begriffe sendet, was zu Gewalt in der Türkei und anderen Orten führe. ROJ TV hat diese Vorwürfe zurückgewiesen, die auf unzureichender Fakten und Argumenten basieren, denn die Unabhängigkeit von ROJ TV wurde von dem Sender selbst sowie auch auf der Basis von Untersuchungen der dänischen Behörden bestätigt.

Vor diesem Hintergrund aus, ist es ein völlig unverständlicher Akt der deutschen Behörden, ROJ TV in Deutschland zu verbieten. Die deutsche Regierung unterstützt damit das türkische Regime, bei seiner Unterdrückung des kurdischen Volkes.

Interessant ist auch, dass der türkische Versuch ROJ TV zu illegalisieren, die Tatsache reflektiert, dass die Demokratie ihren Weg in die Türkei noch nicht gefunden hat und noch keiner der "demokratischen Schritte", die von der EU gefordert wurden, bisher umgesetzt wurde. Die türkische Demokratie beschränkt sich bisher auf rein kosmetische Veränderungen. Auch wenn es keine rechtlichen Maßnahmen gibt, die Übertragung kurdischer Programme in der Türkei zu verbieten, erfährt die kurdische Bevölkerung noch immer Probleme, wenn sie versucht kurdische Programme zu empfangen. Bildung in kurdischer Sprache ist nur in Privatschulen möglich.

Ihr Ministerium rechtfertigt sein Verbot damit, dass ROJ TV Gewalt und den Kampf der PKK unterstützt. Offensichtlich haben die Ergebnisse der Untersuchungen der dänischen Behörde für Radio- und Fernsehgesetz, die keine Beweise für die Aufforderung zur Gewalt gefunden und ROJ TV in allen Punkten freigesprochen hat, Ihr Ministerium nicht erreicht.

Die zuständige Behörde für die Rundfunk-Lizenz, hat darauf hingewiesen, dass die TV-Station in Übereinstimmung mit den dänischen Gesetzen sendet und keinerlei Hinweise auf Rassismus oder Aufforderung zur Gewalt aufzeigt – all dies ist durch Untersuchungen der Polizeibehörde dokumentiert.

Mit dieser E-Mail, protestiere ich gegen die Entscheidung Ihres Ministeriums ROJ TV in Deutschland zu verbieten. Ich verstehe diese Entscheidung als eine Unterstützung der türkischen Regierung, und deren Bestrebung das kurdische Volk mit einem ungerechtfertigten und unzumutbaren Krieg zu unterdrücken und zu verfolgen.

Aus dem Grund hoffe ich ihr Ministerium veranlassen zu können, seine Entscheidung zurückzunehmen und damit zu einer demokratischen Welt beizutragen.